

Das wollen die Spitzenkandidaten fürs Handwerk erreichen

Der Countdown zur Landtagswahl in Baden-Württemberg läuft – nur noch wenige Tage bis zum Wahltag am 14. März. Zwar werden Parteien, nicht Personen gewählt, trotzdem spielen die Spitzenkandidaten häufig eine große Rolle bei der Wahlentscheidung. Der BWHT hat die Kandidaten jener Parteien, die aktuell im Landesparlament vertreten sind, gefragt, warum Handwerker sie wählen sollten



„Wir wollen junge Menschen früh für das Handwerk begeistern.“

Winfried Kretschmann
Grüne Baden-Württemberg

Foto: Grüne Baden-Württemberg



„Wir wollen erreichen, dass die Meisterausbildung komplett vom Staat bezahlt wird.“

Susanne Eisenmann
CDU Baden-Württemberg

Foto: CDU Baden-Württemberg



„Wir wollen die deutsche Meisterpflicht für zahlreiche Berufe wiedereinführen.“

Bernd Gögel
AfD Baden-Württemberg

Foto: privat



„Wir stärken und wertschätzen das Handwerk als wichtigen Arbeitgeber vor Ort.“

Andreas Stoch
SPD Baden-Württemberg

Foto: Hannah Bichay



„Wir wollen optimale Bedingungen für Handwerksbetriebe.“

Hans-Ulrich Rülke
FDP Baden-Württemberg

Foto: FDP Baden-Württemberg

Wir setzen auf das Handwerk als innovativer Ideentreiber bei der Suche nach zukunftsfähigen Lösungen bei der Daseinsvorsorge, der Nahversorgung oder der Energiewende. Ohne Handwerk geht nichts. Wir wollen den Prozess „Zukunftsinitiative Handwerk 2025“ fortführen und junge Menschen früh für das Handwerk begeistern, etwa über die Leitperspektive „Berufliche Orientierung“ oder das neue Fach Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung sowie Lernfabriken, die auf die digitale Arbeitswelt vorbereiten. Die neue Meisterprämie und Meistergründungsprämie sind attraktive Instrumente auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“ wollen wir mehr weibliche Fachkräfte gewinnen.

Für uns als CDU sind die akademische und berufliche Bildung absolut gleichwertig. Deshalb setzen wir uns mit großem Engagement für das Handwerk ein. Mit der Ausbildungsprämie unterstützen wir Ausbildungen im Handwerk. Mit der Meisterprämie sind wir zuletzt bereits einen wichtigen Schritt gegangen, um Fachkräfte zu fördern und die berufliche Bildung zu stärken. Im nächsten Schritt wollen wir erreichen, dass die Meisterausbildung komplett vom Staat bezahlt wird. Zudem werden wir die Handwerksunternehmen von Bürokratie entlasten und uns für eine Ausweitung der Meisterpflicht einsetzen. All das zeigt: Die CDU steht fest an der Seite des Handwerks.

Die AfD betrachtet eine berufspraktische Ausbildung als ebenso wertvoll wie ein Studium und fordert deshalb, die Handwerksberufe stärker zu würdigen. Die Definition von Qualitätsstandards in der Ausbildung muss in der Hoheit des Bundes und der Länder verbleiben und darf nicht von der EU vorgegeben werden. Dazu gehört auch eine Wiedereinführung der deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe, für die diese voreilig abgeschafft wurde. Das erfolgreiche System der dualen Ausbildung muss erhalten bleiben, auch wollen wir die Handwerksberufe von bürokratischer Gängelung befreien. Das duale Studium ermöglicht passgenaue Spezialisierungen und ist somit ein geeigneter Weg, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Wir stärken und wertschätzen das Handwerk als wichtigen Arbeitgeber vor Ort sowie die berufliche Bildung: Mit einem Weiterbildungsfonds, der besonders Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel unterstützt und Arbeitsplätze sichert. Mit einer Landesoffensive für „Gründer*innenzentren im Handwerk“, bei denen die Verbindung zwischen Hightech, Digitalisierung und Handwerk herausgestellt wird. Wir stehen für Investitionen, die konkret das lokale Handwerk einbeziehen und fördern: Klimaschutzmaßnahmen, Sanierung öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Bäder ...), Ausbau der digitalen Infrastruktur. Den Weg zu Meisterabschluss sowie -prüfungen gestalten wir gebührenfrei.

Unser Land verdankt seinen Wohlstand neben starken Industrieunternehmen vor allem dem Handwerk. Das Augenmerk der FDP wird daher auch in Zukunft optimalen Bedingungen für Handwerksbetriebe gelten. Wir brauchen den Abbau unnötiger Bürokratie, zügige Verwaltungsabläufe und eine weitsichtige Standortpolitik. Jede Stadt und jedes Dorf müssen digital leistungsfähig sein, damit alle Betriebe die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, setzen wir uns für die Aufwertung und Stärkung der beruflichen Bildung, eine Ausweitung der Meisterprämie und die vereinfachte Zuwanderung von Fachkräften ein. Gut integrierte Fachkräfte dürfen nicht abgeschoben werden.

Meisterpflicht macht sich bemerkbar

Trotz Corona ist der Betriebsbestand im Landeshandwerk im Jahr 2020 gestiegen

Zum Jahreswechsel waren 137.637 Betriebe bei den baden-württembergischen Handwerkskammern eingetragen – ein Plus von 1,5 Prozent. Damit war das Wachstum sogar noch etwas kräftiger als vor einem Jahr, die Zahl der Betriebe hat einen neuen Höchststand erreicht. Aber: „Wir befürchten, dass die Zahlen in diesem Jahr anders aussehen könnten, je nachdem wie lange der Lockdown noch andauert. Besonders bei Frisuren, Kosmetikern und Konditoren müssen wir mit Betriebsaufgaben rechnen“, sagt Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Deutlich sichtbar sind die Auswirkungen der Rückführung von zwölf Berufen in die Meister-

pfligt. Vor gut einem Jahr wurden ein Dutzend Gewerke wieder meisterspflichtig, darunter Berufe wie Fliesenleger und Rollladenbauer. In diesen Gewerken gab es nur knapp 70 Betriebe mehr als zu Jahresbeginn. Die Zahl der Gründungen ist sogar um fast 40 Prozent gefallen. Rund 15.000 Betriebe innerhalb der zulassungspflichtigen Gewerke (Anlage A) gehörten diesen in die Meisterpflicht zurückgeführten Berufen an. Eine Entwicklung, die laut Reichhold aber nicht unbedingt negativ zu sehen ist, sind doch Meisterbetriebe in der Regel deutlich länger am Markt und bilden zudem mehr aus.

www.bwh.de/statistiken



Seit rund einem Jahr gilt für Fliesen-, Platten- und Mosaikleger sowie elf weitere Gewerke wieder die Meisterpflicht. Foto: www.amh-online.de

Stärkung sichert Fachkräfte für die Zukunft

Handwerkstag erwartet von der künftigen Landesregierung bessere finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen

Die mehr als 60 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks in Baden-Württemberg vereinen Bildungsangebote für zahlreiche Branchen und Berufe unter einem Dach. Sie machen Jugendliche fit für eine Ausbildung, unterstützen Kleinbetriebe bei der Ausbildung, qualifizieren Fach- und Führungskräfte für eine Karriere im Handwerk. Durch die Angebote der Bildungsstätten werden moderne Technologien und Innovationen in die Handwerksbetriebe getragen und so wird die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gesteigert. Sie sind damit ein unverzichtbarer Bestandteil des Wirtschafts- und Bildungssystems in Baden-Württemberg und Basis für die Fachkräfteversorgung.

Gesellschaftspolitischer Beitrag

Diese gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben der Bildungsstätten kommen dabei nicht nur dem Handwerk in Baden-Württemberg, sondern auch der Gesellschaft zugute. Hierzu zählen die Ermöglichung von Ausbildung in Klein- und Kleinstbetrieben, die Verbesserung der Berufsberatung und Weiterbildungsberatung für erwerbstätige Personen und Wiedereinsteiger, die Qualifizierung, die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, die Weiterbildung und Qualifizierung von Fach- und Führungskräften sowie Betriebsnachfolgern und Steigerung der Innovationsfähigkeit von Betrieben. Die Handwerksorganisationen haben mit

dem Aufbau und Betrieb der Bildungsstätten das wirtschaftliche Risiko dieser Bildungsinfrastruktur übernommen und tragen damit zur Entlastung des Staates bei. Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold: „Allerdings müssen wir feststellen, dass insbesondere für die Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung die ursprüngliche Drittfinanzierung (Bund, Land, Betrieb) schon lange nicht mehr gegeben ist. Vielmehr ist die Belastung für die Betriebe und Kammern überproportional gestiegen. Wir brauchen für die Bildungsstätten wieder eine zukunftsfähige Finanzierung, damit sie weiter ihren Beitrag zu Innovation und Qualifizierung leisten können.“

Zudem stehen die Bildungsstätten vor großen Herausforderungen wie aktuell durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen erheblichen Einnahmeausfällen und den hohen Hygieneanforderungen.

Reichhold: „Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich bei Beibehaltung des jetzigen Status quo die Ausbildungs- und damit die Fachkräftesituation für das Handwerk massiv verschlechtert. Mit minus 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist das Handwerk bei den neuen Lehrverträgen 2020 noch glimpflich davongekommen. Aber wir sehen erste Vorzeichen, dass sich die Ausbildungsplatzzahlen für 2021 verschlechtern könnten und die jungen Menschen im gerade begonnenen ersten Lehrjahr aufgrund der beschränkten Unter-

richtungsmöglichkeit zunehmend frustriert sind. Ein Vergleich zu den Studenten der Hochschulen zeigt, dass deren Vorlesungen aktuell zwar online stattfinden, sie jedoch die Labore und Werkstätten vor Ort nutzen dürfen. Eine gute Aus- und Weiterbildung wird in Zeiten, in denen Digitalisierung und Automatisierung eine bislang ungeahnte Dynamik entfalten, immer wichtiger. Daher benötigen wir ein klares Öffnungsszenario für Betriebe und Bildungsstätten.“

Stufenplan zur Öffnung

Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) hat einen Stufenplan vorgelegt, wie die Bildungsstätten ihren Beitrag zur Aus- und Weiterbildung weiter leisten können. Erste Verbesserungen sind in der aktuellen Corona-Verordnung enthalten. So ist Präsenzunterricht für Auszubildende grundsätzlich möglich, wenn in diesem Ausbildungsjahr noch eine Zwischen- oder Abschlussprüfung ansteht. Das Handwerk hat sich bereit erklärt, als Beitrag zu einer weiteren Öffnung in den Bildungsstätten zusätzlich zum vorhandenen strengen Hygienekonzept einen täglichen Schnelltest durchzuführen. Denn je schneller junge Handwerker wieder voll in den Einrichtungen ausgebildet werden können, desto sicherer bleiben sie der Branche für die Zukunft erhalten. **mb**

BWHT-Positionspapier zu den Bildungsstätten: www.bwh.de/positionspapier

„Go.for.europe“ um ein weiteres Jahr verlängert

Corona: Auslandspraktika angepasst

Seit 2008 unterstützt das Landeswirtschaftsministerium das Projekt „Go.for.europe“, das Auszubildenden im Handwerk die Möglichkeit gibt, im Ausland praktische Erfahrung zu sammeln. Seitdem ist es dem Gemeinschaftsprojekt des Baden-Württembergischen Handwerks mit Südwestmetall und dem Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag gelungen, mehr als 2.400 Auszubildenden Auslandspraktika innerhalb der Europäischen Union zu ermöglichen.

Nun wurde das Projekt bis Jahresende verlängert. Zudem hat „Go.for.europe“ jetzt erstmals die Erasmus-Akkreditierung der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für die neue Programmlaufzeit bis Ende 2027 erhalten. Dabei wurde das Projekt umfassend auf Qualität geprüft.

Coronabedingt waren im letzten Jahr lediglich ein Viertel der üblichen Entsendungen möglich. Auch in diesem Jahr gehen die Projektverantwortlichen davon aus, dass weniger Auszubildende ins Ausland reisen können. Daher wurden die Bedingungen an die Situation angepasst – statt auf größere Gruppen wird nun eher auf Einzelsendungen und Kleingruppen gesetzt. „Selbstverständlich stehen unsere Ansprechpartner trotzdem jederzeit für interessierte Auszubildende und Betriebe zur Verfügung und beraten für die Zeit nach Corona“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

www.goforeurope.de

Bauwirtschaft mit starkem Jahresendspurt

Straßenbau entwickelt sich zum Sorgenkind

Der Dezember hatte es in sich: Wie die Landesvereinigung Bauwirtschaft in ihrer Abschlussbilanz mitteilt, stiegen die Umsätze verglichen zum Vorjahresmonat um 16,4 Prozent. Insgesamt betrug der baugewerbliche Umsatz im Jahr 2020 für die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten 14,4 Milliarden Euro. Gegenüber 2019 bedeutet dies ein Plus von 3,3 Prozent. Während der öffentliche Hochbau (+19,7 Prozent) und der Wohnungsbau (+14,7 Prozent) stark zulegten, rutschte der Wirtschaftsbau um 0,5 Prozent ins Minus. Der Straßenbau verzeichnete sogar einen Umsatzverlust von 5,1 Prozent.



Sorgenkind Straßenbau: Seit Mitte 2020 gehen die Umsätze deutlich zurück. Foto: Bauwirtschaft BW

IMPRESSUM

Verantwortlich: Oskar Vogel,
Redaktion: Marion Buchheit,
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart,
Tel. 0711/263709-105,
E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de